



von Helmut Markwort

Die ärmeren Familien zahlen die Zeche für das Klimapakete

Montag

Der Normalverdiener sitzt vor dem Fernseher und rechnet mit, was das Klimapakete der Bundesregierung für ihn bedeutet. Benzin und Diesel sollen Jahr für Jahr teurer werden. Diese Maßnahme belastet vor allem Familien, die jeden Euro und jeden Cent dreimal umdrehen müssen, bevor sie ihn ausgeben. Sie sind aber auf das Auto angewiesen, weil ihnen außerhalb der Ballungszentren keine S-Bahn, keine U-Bahn und auch sonst kaum öffentliche Verkehrsmittel zur Verfügung stehen.

60 Prozent der Deutschen fahren vorwiegend mit Pkw, viele, weil sie sich anders nicht fortbewegen können: zur Arbeit, zur Kita und Schule und zum Verein. 60 Prozent sind auf das Auto angewiesen. Diese Zahl müssen sich Parteistrategen einprägen, bevor sie eine Verkehrswende predigen.

Diese Zahl aus den ländlichen Räumen muss in die Köpfe der Parlamentarier, die in der Großstadt Berlin Regeln für das ganze Land aufstellen wollen.

Diese Zahl müsste besonders die Politiker der Grünen beeindrucken, die uns



Paketschnürer Vizekanzler Scholz und Kanzlerin Merkel haben sich auf 54 Milliarden Euro geeinigt

zu Autoverweigerern umerziehen wollen. Sie können die 60 Prozent nicht aus ihren Autos vertreiben. Sie können sie nur mit höheren Kosten bestrafen.

Diese Strafe schmerzt aber nicht alle. Sie trifft besonders jene, die mit ihrem Einkommen gerade so auskommen. Die Gutverdiener, die nicht von Tankstelle zu Tankstelle fahren, um den niedrigsten Spritpreis auszukundschaften, juckt die Erhöhung nicht. Sie können sich jeden Preis und jede Automarke leisten.

Der soziale Unterschied wird auch bei der anderen Teuerungsaktion spürbar, auf die Angela Merkel, Olaf Scholz und ihr Gefolge sich geeinigt haben: Das Fliegen soll teurer werden.

Das ist ein Schlag ins Kontor von Familien, die sich einmal im Jahr mit ihren Kindern einen Flug in die Sonne geleistet haben. Die Mitglieder dieser Einkommenschicht müssen neu kalkulieren. Diejenigen, die jetzt schon den Löwenanteil der Steuern aufbringen, lassen sich von teureren Tickets nicht abschrecken.

Sie ärgern sich auch wenig über die oft zu hörende Parole, Fleisch sei viel zu billig. Solche Thesen kann nicht verstehen, wer sich über jeden Cent freut, um den Grillwürste billiger sind. Wahrscheinlich nur selten sehen Politiker in einem Supermarkt an der Fleischtheke, wie sorgfältig ältere Menschen Preise vergleichen.

Die Ärmeren zahlen die Zeche für das Klimapakete. Und die Preisschraube ist noch nicht zu Ende gedreht.

Der Vorschlag der großen Koalition ist die erste Runde. Die zweite folgt im Parlament, wo die Fraktionen oft nachbessern. In welche Richtung, ist ungewiss. Die Tendenz der dritten Runde ist erkennbar.



Flaggenkunde Kenia (r.) ist falsch für die Koalition in Brandenburg. Richtig ist Afghanistan (o. r.). Für Sachsen passt Libyens (o.)



Nach der Beratung im Bundesrat müssen die Verbraucher mit Verschärfungen rechnen. Den Grünen, die derzeit in neun Landesregierungen mitbestimmen, bald vielleicht sogar in elf, reichen die Bestrafungen nicht.

Dienstag

In allen Medien und Diskussionen wird die künftige Regierung von Brandenburg als Kenia-Koalition bezeichnet und die noch nicht verhandelte von Sachsen gleich mit. Beide Bezeichnungen sind falsch. Es ist verständlich, dass Politiker ihre Kompromisse mit Namen von sympathischen Staaten wie Jamaika oder Kenia veredeln wollen, aber vexillologisch ist das nicht immer gerechtfertigt. Der Flaggenkundler lehrt uns, dass die Farben Kenias von zwei weißen Streifen getrennt werden. Nichts an dieser rot-schwarz-grünen Regierung ist weiß. Sie muss deshalb korrekt Afghanistan-Koalition heißen. Anders in Sachsen, wo die schwarze CDU dominieren wird. Dort muss Libyens Flagge Pate der Koalition sein.

FOCUS-Gründungschefredakteur Helmut Markwort ist seit November 2018 FDP-Abgeordneter im Bayerischen Landtag.